Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,60 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstelle, nehmen zu jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg od. sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 1spaltige Millimeterzeile (46 mm breit) 7 Rpfg., die 2spaltige Millimeterzeile der amtlichen Bekanntmachungen bei direkter Auftragserteilung 11 Rpfg., ohne Nachlaß, die 1spaltige Textzeile (90 mm breit) 20 Rpfg. Nachweisungs-Gebühr 20 Rpfg. Vorgeschriebene Erscheinungstage u. Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 40 — 93. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Tageblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Freitag, den 16. Februar 1934

Steigendes Volkseinkommen.

NSK. Das deutsche Volkseinkommen ist im verflossenen Jahre, dem ersten unter nationalsozialistischer Wirtschaftsführung, nach langen Jahren unentwegten Rückganges erstmalig wieder gestiegen. Um rund eine Milliarde Mark hat sich das Gesamteinkommen vermehrt.

„Im nationalsozialistischen Staat ist die schöpferische, schaffende Arbeit der Stirn und der Faust die Grundlage aller Wirtschaft. Ihr, der Arbeit, gebührt also der erste, der Ehrenplatz in der ganzen Wirtschaft." Das sind die Richtlinien, die vor Jahren Gottfried Feder als grundsätzlich für unsere Wirtschaftsanschauung gegeben hat. Dem Arbeiter und dem Bauern, den beiden großen Exponenten der schaffenden Arbeit unserer Wirtschaftsanschauung, galt es also wieder eine Stütze zu geben gegenüber dem alles an sich raffenden Kapital. Die schaffende Arbeit mußte wieder gefördert und entlohnt werden und nicht das tote Kapital, das bisher durch hohen Zins mühelos mehr und mehr vom Arbeitseinkommen wegfraß.

Unsere Einkommensergebnisse des Jahres 1933 zeigen, im Vergleich mit dem vorhergegangenen Jahre, daß diesen Gedankengängen aber auch bereits im ersten Jahre die Taten gefolgt sind. Der deutsche Bauer, dem in den letzten Jahren marxistischer Wirtschaftsführung fast 40 Prozent seiner Einnahmen weggeschmolzen waren und der nach den amtlichen Ermittlungen im Jahre 1932 nur noch 3,75 Milliarden Mark Netto-Einkommen verbuchte, hat 1933 bereits wieder 4,35 Milliarden Mark erzielen können. Sein Einkommen ist im letzten Jahre um rund 16 Prozent gewachsen. Das Einkommen der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten hatte sich in der ersten Hälfte des verflossenen Jahres noch unterhalb der entsprechenden Vorjahrsziffern bewegt, dann konnte aber im dritten und vierten Jahresviertel eine fortgesetzte Steigerung verzeichnet werden.

Durch die großartigen Erfolge der Arbeitsschlacht, durch die Wiedereinschaltung von zwei Millionen Volksgenossen in den Arbeitsprozeß und in geregelte Einkommensverhältnisse war es möglich, daß das Lohneinkommen im vierten Vierteljahr 1933 um eine halbe Milliarde Mark höher lag als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Es wurden in den letzten drei Monaten 7 Milliarden Mark an Löhnen und Gehältern gezahlt gegen 6,5 Milliarden Mark Ende 1932; das ist eine Zunahme um 8 Prozent. Gegenüber dem Tiefstand der Lohneinkommen im ersten Vierteljahr 1933 beträgt die Steigerung sogar 13 Prozent. Auch Gewerbe und Handel konnten wieder aufatmen. Ihre Einkommensziffer ist im letzten Jahre wieder auf 6,15 Milliarden Mark angewachsen im Vergleich zu 5,85 im vorhergegangenen letzten Jahre marxistischer Wirtschaftsführung.

Auf der anderen Seite aber ist zu erwähnen, daß die Einkommen aus Kapitalvermögen von 2,25 auf 2,00 Milliarden Mark eine 11prozentige Abnahme erfahren haben. Auch die Einnahmen aus Vermietungen und Verpachtungen sind gesunken. Und endlich ist zu erwähnen, daß auch die Renten-Einkommen und Pensionen sich leicht ermäßigt haben.

Die Folgen veränderter Einkommensschichten zeigen sich aber auch entsprechend auf der Ausgabenseite. Insgesamt sind die Ausgaben, soweit sie sich in den Umsätzen des Einzelhandels widerspiegeln, auch 1933 noch leicht zurückgegangen. Das liegt jedoch daran, daß vor allem die erste Hälfte des verflossenen Jahres noch stark unter der Beklemmung der gerade überwundenen Krise litt und daß erst in der zweiten Hälfte des Jahres eine langsame Besserung erkennbar wurde. Im einzelnen ergeben sich aber auch hier große Unterschiede. Beim Lebensmittel-Konsum läßt sich deutlich ein Übergang zu besseren Qualitäten während der letzten Monate erkennen. So ist beispielsweise der Fleischverbrauch gestiegen. Auch der Butter-Konsum hat sich gehoben. Desgleichen ist eine Belebung in den Rauchwaren-Umsätzen (Zigarren, Zigaretten und Rauchtabak) erkennbar. Dann aber auch zeigt die Nachfrage nach Bekleidungsgegenständen eine sichtbare Belebung. Und endlich ist hervorzuheben, daß infolge der Zunahme der Heiratsfreudigkeit auch der Möbel- und Hausrat-Bedarf größer geworden ist. Die Umsätze der Möbelgeschäfte haben im vierten Vierteljahr 1933 um ein Drittel höher gelegen als im Vorjahr!

Andererseits aber gehen die Umsätze in ausgesprochenen Luxusartikeln fast überall noch zurück, so z. B. für Parfümerien, Gold- und Silberwaren, Kunstgegenstände, Luxus- und Galanteriewaren.

Wir wollen in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß sich auch die Neubildung von Sparkapital im neuen Staat verändert äußert: während die Sparkassen im letzten Jahre um fast eine Milliarde Mark neue Einlagen verbuchen konnten, ist das Kreditoren-Konto bei den Großbanken im gleichen Maße zusammengeschmolzen.

Auf der gesunden, breiten Basis unseres schaffenden Volkes baut der Nationalsozialismus auf, nicht auf einer ziffernmäßig kleinen Gruppe von kapitalmächtigen Spekulanten. Aus dem Volke heraus besitzt der nationalsozialistische Staat seine unerschütterliche Kraft, und das schaffende Volk wiederum wird von ihm geschützt und gefördert.

E. Hoffmann.

Frankreich will nicht abrüsten.

Die französische Antwort auf die deutsche Abrüstungsdenkschrift.

Die französische Antwort auf die deutsche Abrüstungsdenkschrift vom 19. Januar wird nunmehr veröffentlicht. In ihr wird folgendes ausgeführt:

Es ist der deutschen Regierung sicherlich nicht entgangen, daß die in dem Aide mémoire vom 1. Januar gemachten Vorschläge in zwei Punkten nach Ansicht der französischen Regierung grundsätzlichen Charakter hatten.

Der Vergleich der französischen und deutschen Truppenbestände

kann nur auf vergleichbare Personalbestände angewendet werden, das heißt auf diejenigen, die zur Verteidigung des Mutterlandes bestimmt sind, und ist nur denkbar, wenn alle Streitkräfte, die in irgendeinem Grade militärischen Charakter besitzen, unter die festzulegenden Beschränkungen fallen.

Die Gleichstellung auf dem Gebiet des Materials,

das heißt die Zuweisung desjenigen Materials an Deutschland, das die anderen Nationen behalten, das aber Deutschland augenblicklich verboten ist, kann erst auf die Umbildung des deutschen Heeres und auf die Aufsaugung der vor- und außermilitärischen Organisationen durch die regulären, von der Konvention begrenzten Personalbestände erfolgen.

Indem die deutsche Regierung in diesen beiden entscheidenden Fragen die Vorschläge beiseiteschiebt, die ihr gemacht worden waren, und deren Absicht und Tragweite sie nicht mißverstehen konnte, hat sie das gesamte in dem Aide mémoire vom 1. Januar skizzierte Programm abgelehnt.

Unter diesen Umständen sieht die französische Regierung nicht, welchen Nutzen

der umfangreiche Fragebogen

haben könnte, der dem letzten deutschen Memorandum beigefügt ist, und versteht nicht recht, welche Möglichkeiten er eröffnen könnte.

Diese Fragen können nur unter Beteiligung aller interessierten Staaten zu einem guten Ende gebracht werden, und eine vorbereitende deutsch-französische Erörterung hierüber könnte nur dann von Nutzen sein, wenn bereits Einigkeit über bestimmte Grundsätze herrschte, die keinen Anlaß mehr zu einer Diskussion zwischen den beiden Ländern gäben.

Leider ist das nicht im entferntesten der Fall, wie dies durch nur zu offenkundige Tatsachen bewiesen wird. Es ergibt sich zum Beispiel aus veröffentlichten Dokumenten, daß das deutsche Heer bezüglich seiner Organisation (Oberkommando, Generalstab, Schulen, Cadres-Reserven, Mobilisierung), seiner Effektivstärken (Friedensstand und ausgebildete Reserven) sowie bezüglich des Materials bereits jetzt Hilfsquellen besitzt, die zu denjenigen Bestimmungen der Verträge in keinem Verhältnis stehen, die für spätere Vergleiche zur Grundlage genommen werden müßten. Ehe die Zukunft in Betracht gezogen wird, müßte, besonders auch zu ihrer Aufklärung, die Gegenwart in Betracht gezogen werden.

Wenn zunächst die französische Regierung besonderen Wert darauf legt, daß

eine wirksame Kontrolle

schon mit dem Inkrafttreten der Konvention einsetzen kann, so geschieht dies, weil es nötig ist, in kürzester Frist einen Mechanismus bereitzustellen, der ein wesentliches Element der Konvention darstellt. Bei diesem Bestreben handelt es sich um nichts, was die Ehre der deutschen Regierung verletzen könnte, die von jedem Lande voll zu respektieren ist. Es gibt Formen der Kontrolle, bei denen die Gefahr besteht, daß sie eher gefährlich als nützlich sind.

Nur eine internationale Organisation, welche ernsthafte Untersuchungs- und Handlungsmöglichkeiten besäße, könnte die zur Aufrechterhaltung des Friedens notwendigen Garantien bringen.

Die deutsche Regierung bezweifelt offenbar den Willen der französischen Regierung, eine

Begrenzung ihrer überseeischen Personalbestände

ins Auge zu fassen. Nichts ist unrichtiger als das. Entgegen der Annahme der deutschen Regierung denkt die französische Regierung nicht daran, in irgendeinem ihr passenden Augenblick die in der Konvention festgesetzte Herabsetzung ihrer Heimatsstreitkräfte durch eine Heranziehung von Überseebrigaden auszugleichen, da die Konvention die Personalbestände genau begrenzen würde, die in Friedenszeiten im Mutterlande stationiert werden können.

Diese besonderen Fragen dürfen trotz ihrer Wichtigkeit doch nicht dazu führen, daß man das wesentliche Problem aus den Augen verliert.

Bei ihrer

Forderung von 300 000 Mann

für eine in ein kurzdienendes Heer umgewandelte deutsche Armee will die deutsche Regierung diese Zahl festgesetzt wissen, ohne daß die militarisierte Polizei und die außermilitärischen Formationen der SA. und SS. berücksichtigt werden.

Demgegenüber ist die französische Regierung stets der Ansicht gewesen, daß die festzusetzenden Höchstzahlen sich auf die Gesamtheit der Kräfte beziehen müssen, die militärischen Charakter tragen, und sie hat es als feststehend betrachtet, daß die Formationen der SA. und SS. diesen Charakter haben.

Sie würde ihre Unterschrift unter keine Konvention setzen können, die erst der Zukunft die Entscheidung darüber überließe, ob die Formationen der SA. und SS. einen militärischen Wert haben, der bei der Festsetzung der Stärkeverhältnisse berücksichtigt werden muß oder nicht.

Die französische Regierung hat die Pflicht, die von ihr begründete Auffassung aufrechtzuerhalten, welche dem in dem Aide mémoire vom 1. Januar festgelegten Programm zugrunde liegt. Ohne die Gegenseitigkeit und Aufrichtigkeit der gleichen Absichten der deutschen Regierung in Frage zu stellen, ist sie der Überzeugung, daß eine Verhandlung nichts dabei verliert, wenn die Meinungsverschiedenheiten, die einer endgültigen Einigung im Wege gestanden haben, erkannt, einander angenähert und sogar einander gegenübergestellt werden.

*

Was die Berliner Presse dazu sagt.

Berlin, 16. Februar. Die Blätter veröffentlichen den Wortlaut der französischen Antwortnote und versehen ihn fast alle mit einem ausführlichen Kommentar. Der „Völkische Beobachter" schreibt u. a.: Frankreich macht weiter Schwierigkeiten dort, wo keine vorhanden sind. Das geht aus jedem Abschnitt dieser Note deutlich hervor. So werden in der Frage des von uns ehrlich angebotenen Nichtangriffspaktes einfach unverständliche Vorwürfe erhoben. Das deutsch-polnische Abkommen ist der beste und einwandfreie Beweis dafür, wie ernst wir diese Sache ansehen. Man kann nur betonen, daß Frankreich jede Chance, zu einer wirksamen Abrüstung zu kommen, verpaßt hat. Wo wird denn überhaupt von der französischen Abrüstung gesprochen? In der neuen Note steht davon kein Wort. Das, was als Abrüstung von Frankreich bezeichnet worden ist, ist absolut unzulänglich. Dazu kommt noch, daß die damalige französische Denkschrift, die in der neuen Note angezogen worden ist, die unzulänglichen Vorschläge noch mit Verklausulierungen und Bedingungen versah, die die bestehende Unklarheit noch vermehrt hat. Auch der Vorwurf, die Reichswehr habe die Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht eingehalten, kann niemanden in der Welt mehr überzeugen. Seit 15 Jahren pflegt Frankreich mit derartigen Behauptungen zu kommen, die, wenn man ihnen nachgeht, nicht zu beweisen sind. Das Blatt stellt insbesondere die Tatsache heraus, daß Paris in der Note die englischen und italienischen Abrüstungsvorschläge mit Stillschweigen übergeht. — Die „Kreuz-Zeitung" macht die Feststellung, daß das französische Dokument für jeden eine Enttäuschung bedeutet, der gehofft hatte, daß der realistische Geist der italienischen Stellungnahme zum Abrüstungsproblem nunmehr auch auf die französische Haltung Einfluß gewinnen würde. Die neue französische Stellungnahme sei dahin zu kennzeichnen, daß die französische Regierung wieder einmal ihren mangelnden Abrüstungswillen durch Ausflüchte zu verdecken suche. — Die „Deutsche Zeitung" bezeichnet die Note als ein „wertloses Dokument", das offenbar keinen anderen Zweck verfolge als den, die Beantwortung der 13 Fragen der Reichsregierung an die französische Regierung auszuweichen. — Der „Lokal-Anzeiger" betont, daß die Methode Frankreichs, den schlechten Willen erneut hinter Verwirrung stiftenden taktischen Manövern zu verstecken, überholt sei und auch in den anderen Hauptstädten keinen guten Eindruck machen werde. Bei aller Geschliffenheit diplomatischer Ausdrucksweise, so erklärt die „D. A. Z.", sei die französische Note in einer Schroffheit abgefaßt, die schulmeisterlich wirkte und die deutsche Regierung mit unberechtigten Vorwürfen überhäufe. — Das „Berliner Tageblatt" sagt, die Note sei stellenweise in einem für ein diplomatisches Schriftstück auffällig gereizten Ton abgefaßt; doch entspreche dieser Schärfe des Tones nicht die Schärfe der Beweisführung. Das Hauptkennzeichen der Note, so schreibt die „Vossische Zeitung", sei die Aufrollung unwichtiger Streitfragen und Uebergehung konkreter deutscher Vorschläge.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF